

SCHWARZE SULM

Kraftwerk statt Naturdenkmal

Die Naturschutzbehörde gab grünes Licht für zwei Kraftwerke an der Schwarzen Sulm, einer Naturoase in der Weststeiermark. Behörde agierte gegen den Willen der Landtagsmehrheit von SPÖ, KPÖ und Grünen. Umweltanwältin geht zum Verwaltungsgerichtshof.



Unberührte Bachlandschaften sind ein Paradies für Tier und Mensch. Rechtsstreit um die Schwarze Sulm.

Ein kurioser Entscheid der Naturschutzbehörde lässt bei Naturschützern und Politikern die Alarmglocken läuten: Nachdem sich Anfang Juli eine Landtagsmehrheit

von SPÖ, KPÖ und Grünen dafür ausgesprochen hat, den Flusslauf der Schwarzen Sulm zwischen Schwanberg und Koralm zum „Naturdenkmal“ zu erklären, hat

die Naturschutzbehörde jetzt dennoch grünes Licht für Kraftwerksbauten gegeben. Das Projekt sieht vor, Wasser aus der Schwarzen Sulm per Rohrleitungen nach Schwanberg zu transportieren, wo mit zwei Turbinen Strom für 10.000 Haushalte erzeugt werden soll.

Scharfe Kritik kommt von Umweltanwältin Ute Pöllinger. Da die Ausweisung zum „Naturdenkmal“ nicht abgewartet wurde, will sie den Baubescheid für das Kraftwerk beim Verwaltungsgerichtshof anfechten. Die Naturschützer fürchten, dass durch das Ableiten von Wasser aus einem Zufluss das Ökosystem geschädigt wird; die Schwarze Sulm gehört zu den letzten vier Prozent intakter Flusslandschaft Österreichs.

Auch für Umweltlandesrat Manfred Wegscheider ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Er will den Fluss – er liegt in einem „natura 2000“-Europaschutzgebiet – ungebaut erhalten.

TRABOCH

79 verlieren ihre Arbeit

Kein Verlass auf Zusagen internationaler Konzerne: 79 Arbeitsplätze für Frauen im ADEG-Zentrallager wurden gestrichen.

Der Verlust von 79 Arbeitsplätzen beim ADEG-Zentrallager Traboch bestätigt die Warnungen der steirischen KPÖ, die bereits am 23. März 2006 auf diese Gefahren hingewiesen hatte. Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder betont deshalb noch einmal, dass es sehr unvorsichtig ist, sich bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen auf transnationale Unternehmungen zu verlassen. Die durch die Zerschlagung der verstaatlichten Industrie verloren gegangenen Arbeitsplätze und Entwicklungspotenziale können so nicht dauerhaft ersetzt werden. Das bestätigte sich auch in Wartberg, wo im Frühjahr das Vogel & Noot-Werk vom finnischen Besitzer geschlossen wurde.

Parteder: „Am Rande sei erwähnt, dass sich der ÖVP-Bürgermeister von Traboch noch im Landtagswahlkampf 2005 mit vielen neuen Arbeitsplätzen in seinem Ort gebrüstet hatte. Jetzt kann er nichts anderes tun, als in der Zeitung von einem schweren Schlag für die Gemeinde zu reden.“

SPERREN DURCH GRUNDBESITZER

Die Wanderwege sind in Gefahr

Großgrundbesitzer behindern Wander- und Klettertourismus. Ex-Stubenberghaus-Pächter Jürgen Rossol und KPÖ kämpfen dagegen.

Der ehemalige Mixnitzer Fuchswirt und frühere Pächter des Stubenberghauses am Schöckel, Jürgen Rossol (63), begeisterter Wanderer und Kletterer, kandidiert auf der Liste der steirischen KPÖ für die Nationalratswahl und kämpft um die Wegfreiheit in den steirischen Wäldern.

Rossol: „Das Gesetz über die Wegfreiheit gibt es seit 1975. Seit Jahren wird aber von Großgrundbesitzern versucht, den Wandertourismus

zu behindern. Die Steigerung bei den Schutzgebieten beträgt seit 1995 etwa 45 %.“

Während die Jagd- und Großgrundbesitzer bis in höchste politische Kreise vertreten sind, fehlt die Vertretung für die Wanderer und Bergsteiger. Die KPÖ ist für den Umweltschutz und gegen eine Übererschließung der Naturlandschaft aus Profitgier. Wir sind für ein ausgewogenes Verhältnis

zwischen Naturschutz und dem Erholungsbedürfnis der Bevölkerung.

Deshalb fordern wir: Keine weiteren Einschränkungen der Wegfreiheit, eine Überprüfung der kurzfristig verordneten Betretungsverbote auf ihre Richtigkeit, die Einrichtung einer Ombudsstelle für Wegfreiheit, ein Ende der Behinderung des Klettertourismus im Grazer Bergland und die Öffnung der Forststraßen für Mountainbiker – ausgenommen die im Gesetz festgelegten Sperrgebiete.

